

# Parlamentarische Bürgerinitiative

## betreffend

Anerkennung des Staates Palästina durch Österreich

### Anliegen:

Der Nationalrat wird ersucht, umgehend die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, die zur ehestmöglichen diplomatischen Anerkennung des Staates Palästina durch die Republik Österreich führen, sowie in diesem Sinne auf die österreichische Bundesregierung einzuwirken.

### Begründung:

Die sog. „Zweistaatenlösung“ ist die in allen offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen sowohl Österreichs wie der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, die sich alle in zahlreichen Resolutionen zu diesem Ziel bekannt haben (zuletzt in der UN-Sicherheitsratsresolution 2334 vom Dezember 2016), anerkannte Politik. Österreich hat den Staat Israel bereits 1956 offiziell anerkannt, was wir ausdrücklich begrüßen. Eine entsprechende Anerkennung des Staates Palästina, wie sie von mittlerweile 137 UN- und 9 EU-Mitgliedsstaaten (Bulgarien, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern 1988, Schweden 2014) vollzogen wurde, steht jedoch von Seiten Österreichs noch aus.

Vor 70 Jahren erfolgte die Gründung des Staates Israel, die mit der Vertreibung hunderttausender Palästinenser\*innen aus ihren Häusern und Dörfern einherging. Seit 1967 sind zudem die Gebiete, die für einen souveränen Staat Palästina laut UNO-Teilungsplan (Resolution 181 von 1947) vorgesehen bzw. nach 1949 durch die Waffenstillstandslinie („Green Line“) markiert waren – das Westjordanland, der Gazastreifen und Ost-Jerusalem -, von Israel besetzt. Das Leben der palästinensischen Bevölkerung wird durch die Besetzung in vielerlei Hinsicht erschwert und teilweise unmöglich gemacht. Die vorgesehene Zweistaatenlösung bietet die beste Grundlage für ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben von Israelis und Palästinenser\*innen.

Der Nahost-Friedensprozess auf Grundlage der Osloabkommen (1993 und 1995) beruht ebenfalls auf der Perspektive der Schaffung von zwei Staaten, droht aber in der derzeitigen Situation – Besetzung, israelische Siedlungspolitik, Abriegelung des Gazastreifens, Mauerbau, Änderung des Status Jerusalems usw. – endgültig zu scheitern. Nur ein entschiedenes Eintreten internationaler Organisationen, einzelner Staaten und der Zivilgesellschaft für die Umsetzung der Zweistaatenlösung lässt auf positive Veränderungen hoffen. In diesem Kontext könnte Österreich durch die Anerkennung des Staates Palästina selbst einen Beitrag zum Frieden leisten und zusätzlich neue Initiativen, wie etwa die Abhaltung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz, die für ein friedliches Umfeld in der gesamten Region sorgen könnte, anregen und tatkräftig unterstützen.

Aus der Perspektive von Friedenspolitik und Konfliktbearbeitung ist ein gleichwertiger Status von Konfliktparteien eine Voraussetzung für echten Dialog und Verhandlungen. Deswegen würde die Anerkennung Palästinas durch Österreich einen Beitrag zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses bilden, ohne damit bestimmte Lösungen in konkreten Fragen vorwegzunehmen. Diese müssten in einem begleitenden Verhandlungsprozess auf gleicher Augenhöhe von den Betroffenen selbst gefunden werden.

Die parlamentarische Bürger\*inneninitiative kann von wahlberechtigten österreichischen Staatsbürger\*innen unterschrieben werden. Bitte senden Sie Ihre Unterstützungserklärung (Rückseite) an:  
**Internationaler Versöhnungsbund, Lederergasse 23/3/27, 1080 Wien**

